

Fremde Federn: Thomas Kralinski und Carsten Schneider

Gleichwertige Lebensverhältnisse jetzt!

Als Markus Söder 2019 den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz übernahm, forderte er eine Föderalismusreform. Starke Länder sollten mehr Zuständigkeiten erhalten als schwächere. „Föderalismus der zwei Geschwindigkeiten“ nannte er das. Nun ist seine Amtszeit fast vorbei, aber konkrete Reformvorschläge hat er nicht vorgelegt. Dabei hat er ja durchaus recht: Unser Föderalismus braucht ein Update. Aber anders als Söder meint, würde eine Kompetenzverteilung à la carte die Defizite nur verschlimmern – und das Grundproblem nicht beseitigen.

Das größte Manko des föderalen Systems lautet, dass wir das Verfassungsziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ verfehlen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten nicht, dass alles gleich ist. Aber die Menschen müssen überall ähnliche Lebenschancen haben. Das ist mitnichten der Fall. Zwar hat sich in den vergangenen Jahren der Wohlstand insgesamt erhöht – aber auch die Unterschiede zwischen den Regionen. So ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts seit 2010 um 24 Prozent gestiegen, in Bayern aber um 39 Prozent.

Ein Blick zurück: 2016 einigten sich Bund und Länder auf ein neues System des Finanzausgleichs. Der Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Ländern wurde abgelöst durch einen Ausgleich über den Bund und das Steuersystem. Vorausgegangen war der Unwille der „Geberländer“ im Süden, weiter große Summen in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen. Um diesen Konflikt lösbar zu machen, erhöhte der Bund die Ausgleichsmasse aus Steuermitteln deutlich. Damit hatte kein Land weniger Geld in der Tasche, aber die wohlhabenden Länder deutlich mehr. Bayern verfügt über gut eine Milliarde Euro mehr. Jährlich.

Deshalb kann sich der Freistaat jetzt noch mehr leisten als andere. Ein Programm zur Künstlichen Intelligenz, zusätzliche Professorenstellen, eine neue Universität – davon können andere Länder nur träumen. Die Unterschiede in der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit werden immer größer. Dies war bei der Verabschiedung des neuen Ausgleichsmechanismus absehbar, auch Warnungen gab es. Eine Alternative war aber nicht mehrheitsfähig.

Die Diskrepanz der Lebensverhältnisse schadet den schwächeren wie den starken Regionen. So ist heute eine Wohnung für Polizistinnen oder Krankenpfleger in München oder Hamburg kaum noch finanzierbar, was den Fachkräftemangel in diesen Städten verstärkt. Die zunehmenden Pendlerzahlen führen zu Lärm- und

Feinstaubbelastungen. Zugleich sind Rechtspopulisten in Gegenden wie Ostsachsen, die sich abgekoppelt fühlen, besonders erfolgreich. Somit müssen auch die Boomregionen daran interessiert sein, Wachstum zu kanalisieren und anderswo zu ermöglichen. Wir müssen wegkommen vom „Reparaturbetrieb“ hin zu besseren Wachstums- und Aufstiegschancen.

Dafür müssen wir den jetzigen Finanzausgleich ergänzen. Die primäre Steuerverteilung schafft erst die Unterschiede, die dann auf späteren Stufen im Ausgleichssystem wieder verringert werden. So hat sich der kommunale Umsatzsteueranteil als untauglicher Mechanismus erwiesen, um Geld zwischen den Ebenen zu verteilen, weil die finanzschwachen Kommunen nicht erreicht werden. Die Orientierung an der Wirtschaftskraft sollte ersetzt werden durch ein Modell, das die Einwohnerzahl oder die Sozialausgaben berücksichtigt.

Darüber hinaus sind neue Instrumente vonnöten. Weil es in fast allen Ländern sowohl urbane Wachstumszonen als auch periphere Räume gibt, wird man genauer auf die Kommunen schauen müssen. Nur so kann sich die Schere zwischen „ärmeren“ und „reicherer“ Regionen schließen. Dass der Bund die Kosten der Unterkunft für Bezieher von Grundsicherung künftig zu 75 Prozent übernehmen wird, ist ein wichtiger Erfolg des Konjunkturpakets.

Auch Bundesprogramme sind ein geeignetes Mittel. Sie sollten aber nicht nach starren Schlüsseln verteilt werden, sondern nach zielgenauen Kriterien. Erstens könnten dünnbesiedelte Regionen einen Bonus für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur bekommen. Das betrifft etwa die Finanzierung von öffentlichem Nahverkehr oder digitaler Infrastruktur. Auch bei Verkehrsprojekten muss es beim Kosten-Nutzen-Faktor einen Bonus geben. Denn wo wenige Menschen wohnen, sind die Grundkosten für öffentliche Infrastruktur höher. Dabei benötigen gerade sie gute Schienen- und Straßenverbindungen sowie Krankenhäuser und Schulen in erreichbarer Nähe.

Zweitens sollten Regionen mit vielen jungen und älteren Bürgern einen Bonus erhalten, da beide Gruppen stärker auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Dasselbe gilt für Regionen mit hoher Armut, die in der Regel mit hoher Arbeitslosigkeit einhergeht. Gerade hier müssen wir präventive Programme verstärken. Und drittens könnten Verwaltungen Zuschläge erhalten, wenn sie Programme schnell und effizient umsetzen. Die aktuellen Konjunkturprogramme des Bundes sollten ein Anfang sein, mit diesen Kriterien zu arbeiten.

Fest steht: Gleichwertige Lebensverhältnisse fallen nicht vom Himmel. Die Ungleichheiten lassen sich nur mit starken Instrumenten schließen, die die schwachen Regionen in die Lage versetzen, mehr zu investieren. Davon profitieren dann alle.

Thomas Kralinski ist ehemaliger Chef

der Brandenburger Staatskanzlei und Vorstandsmitglied des Thinktanks

„Das Progressive Zentrum“.

Carsten Schneider ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.